

ANTRAG

der Fraktion der FDP

Den Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern sofort fit machen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mecklenburg-Vorpommerns wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hat sich weiter verschlechtert. Die Wirtschaftsleistung ist im Jahr 2023 gesunken, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und der Arbeits- und Fachkräftemangel hat sich weiter verschärft. Es bedarf daher einer umfassenden Neujustierung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.
2. Zu dieser Neujustierung gehören insbesondere koordinierte Maßnahmen zur Entlastung der Unternehmen, zur Digitalisierung der Verwaltung, zur Entbürokratisierung, zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie ergänzende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen.
3. Der Umsetzungsstand, der bislang von der Landesregierung vorgelegten bzw. angekündigten wirtschaftspolitischen Konzepte und Strategien reicht in keiner Weise aus, um die in Nummer 2 genannten Ziele zu erreichen. Hierzu zählen insbesondere das industriepolitische Konzept und die Fachkräftestrategie.
4. Wirksame Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden – wie beispielsweise von den Handwerkskammern sowie den Industrie- und Handelskammern im Rahmen der Landespressekonferenzen vom 6. und 13. Februar 2024 gefordert – sind bislang nicht in der Umsetzung.

5. Ohne umgehend eingeleiteter sofortiger Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen sowie zielgerichteter Wachstumsimpulse wird der Standort Mecklenburg-Vorpommern in eine tiefgreifende wirtschaftsstrukturelle Krise abrutschen. Ein Verlust des ohnehin schon schwachen Industrialisierungsgrades, drastischer Arbeitsplatzabbau, eine Schwächung der Eigenkapitalquote, eine Welle von Insolvenzen und ein erheblicher Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit werden die Folge sein.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag bis zum 30. Juni 2024 konkrete Kennzahlen zur Zielerreichung der im Rahmen des industriepolitischen Konzeptes eingeleiteten Maßnahmen vorzulegen.
2. dem Landtag bis zum 30. Juni 2024 konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Fachkräftestrategie mit Zielen und Kennzahlen vorzulegen, die eine Evaluation der getroffenen Maßnahmen ermöglichen.
3. dem Landtag bis zum 30. Juni 2024 konkrete Maßnahmen zur strukturellen Stärkung des Arbeitsmarktes mit Zielen und Kennzahlen vorzulegen, die eine Evaluation der getroffenen Maßnahmen ermöglichen.
4. dem Landtag bis zum 30. Juni 2024 konkrete Maßnahmen zum Abbau bürokratischer Hürden – entsprechend den Forderungen des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 8/2101 – mit Zielen und Kennzahlen vorzulegen, die eine Evaluation der getroffenen Maßnahmen ermöglichen.
5. dem Entwurf des Wachstumschancengesetzes entsprechend dem bereits auf Drucksache 8/2733 vorgelegten Antrag der Fraktion der FDP im Rahmen der Beratungen auch in der kommenden Bundesratsitzung zuzustimmen und auf diejenigen Landesregierungen einzuwirken, die bislang eine Blockadehaltung signalisieren.

René Domke und Fraktion

Begründung:

Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist besorgniserregend. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird laut OECD und EU-Kommission dieses Jahr nur noch um 0,3 Prozent wachsen. Der kürzlich vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht sogar nur von 0,2 Prozent BIP-Wachstum aus. Deutschland gehört damit zu den Schlusslichtern der Industrienationen weltweit. Auch die Wirtschaftsleistung in Mecklenburg-Vorpommern ist im Jahr 2023 geschrumpft, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen und der Fach- und Arbeitskräftemangel hat sich weiter verschärft. Es mehren sich die Insolvenzen und die Wettbewerbsfähigkeit leidet enorm. Unternehmen kritisieren zudem regelmäßig, dass lähmende bürokratische Hürden und fehlende Nachfolge ihnen das Leben schwer machen.

Der Standort Mecklenburg-Vorpommern hat bereits seit längerer Zeit mit erheblichen wirtschaftsstrukturellen Problemen zu kämpfen. Es fehlt seit Jahren an einer erfolgreichen wirtschaftspolitischen Strategie. Dazu kommen aktuell steigende Energiepreise und immer weiter zunehmende unverhältnismäßige bürokratische Belastungen für Unternehmen. Es bedarf daher umgehend wirksamer Entlastungsmaßnahmen und zielgerichteter Wachstumsimpulse für die Wirtschaft. Dazu gehören eine konsequente Entbürokratisierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, steuerliche Entlastungen für Unternehmen und vor allem eine echte Digitalisierung in den Behörden. Die FDP hat auf Bundesebene mit dem Wachstumschancengesetz, dem Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und dem Entwurf für ein Bürokratieentlastungsgesetz dahingehend bereits wichtige Impulse gesetzt. Hier bedarf es einer konsequenten Unterstützung seitens der Länder. Die Blockadehaltung einiger Bundesländer beim Wachstumschancengesetz hat die Lage weiter zugespitzt.

Die Landesregierung hat zwar einige wirtschaftspolitische Konzepte und Strategien vorgelegt bzw. diese angekündigt, beispielsweise das industriepolitische Konzept und erste Ideen für eine Fachkräftestrategie. Im Ergebnis bleiben die Rahmenbedingungen für die Praxis jedoch weiter unbefriedigend und wachstumshemmend. Dazu hat insbesondere auch das im Dezember 2023 öffentlich bekanntgemachte Tariftreue- und Vergabegesetz Mecklenburg-Vorpommern beigetragen, das die bürokratischen Lasten und Kosten für Unternehmen durch verpflichtende Mindest- und Tariflohnregelungen sowie weitere vergabefremde, arbeitsmarktpolitische Vorgaben unnötig erhöht hat.

In der Gesamtschau ergibt sich eine zwingende Notwendigkeit, die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen im Land strukturiert, wirksam und umgehend neu zu justieren, anderenfalls drohen erheblicher Arbeitsplatzabbau und wirtschaftlicher Niedergang. In der aktuellen gesellschaftspolitischen Gesamtlage würde dies zu einem weiteren Erstarken populistischer Kräfte und einer zunehmenden sozialen Spaltung führen